



BLUMEN FÜR DIE FRAKTIONSSPITZE. ANJA POHLMANN (2. VON RECHTS) ÜBERNIMMT AB 2024, DAS AMT DES LANGJÄHRIGEN FRAKTIONSSPRECHERS KARL-HEINZ WÖSTMANN (2. VON LINKS). NACH EINSTIMMIGEM WÄHLERVOTUM GRATULIEREN DIE STELLVERTRETENDE VORSITZENDE SCARLETT MANTEI (LINKS) UND DER VORSITZENDE STEFAN GERDRÖWEKAMP (RECHTS).

Von Johannes Gerhards

Halle(WB). Nach einer über Jahrzehnte andauernden Führung der UWG-Ratsfraktion in Halle steht für Karl-Heinz Wöstmann jetzt ein entscheidender Schritt bevor. Er wird ins zweite Glied rücken. Die UWG hat dafür die personellen Weichen gestellt.

Allein die Sitzordnung auf dem Vorstandspodium hätten Insider als Fingerzeig deuten können. Hier hatten weder die stellvertretende Vorsitzende noch der Kassenwart Platz genommen, sondern Anja Pohlmann, deren Aufgabengebiet mit Beisitzerin nur recht unzureichend umschrieben wird. Die Mitgliederversammlung der UWG Halle wählt sie im Verlauf der Sitzung einstimmig zur Nachfolgerin von Karl-Heinz Wöstmann, der das Amt des Fraktionsprechers 22 Jahre lang ausgeübt hatte.

„Mein Ratsmandat werde ich bis zum Ende der Wahlperiode behalten“, sagt Wöstmann, der den Fraktionsvorsitz zum Jahresende abgeben wird. Bereits im Vorfeld sei intern besprochen worden, dass er sein Amt nicht bis zu den kommenden Kommunalwahlen im Jahre 2025 behalten wird. Er bedankt sich ausdrücklich für die gute Mit- und Zusammenarbeit in der UWG-Fraktion.

Halles UWG ist eine der stärksten im Kreis

„Ich habe das immer sehr geschätzt, wie du mit allen Meinungen umgegangen bist“, lobt Wegbegleiter Manfred Stockhecke, der am längsten an der Seite von Wöstmann gestanden hat. Von anfangs zwei

Ratsmitgliedern habe sich die Zahl auf derzeit vier verdoppelt. Damit sei die UWG-Fraktion Halle eine der stärksten im Kreis Gütersloh. Die Unabhängige Wählergemeinschaft Halle ist ein eingetragener Verein, der sich seit 1979 politisch engagiert. Sie hat keinen Parteienstatus und versteht sich als unabhängige Kraft im Stadtrat und somit als einzige Alternative zu etablierten Parteien.

Von derzeit etwa 40 Mitgliedern sind etwa die Hälfte zur Jahreshauptversammlung im Restaurant Grünwalde erschienen. Mit Freude kann der Vorsitzende Stefan Gerdröwekamp eigenen Angaben zufolge auf die Fortschritte des letzten Jahres zurückblicken. „Unser Bemühen, Anliegen zum Wohle unserer Stadt zu klären, hat Früchte getragen“, betont der Vorsitzende. Man habe immer ein offenes Ohr für die Bürger und bringe sich konstruktiv bei Themen ein, die die Menschen in Halle bewegen.

UWG-Fraktionssitzungen grundsätzlich öffentlich

Dabei stehe die UWG für wertschätzende politische Kultur und ein respektvolles Miteinander. Neben gemeinschaftlichen Aktionen wie Fahrradtour, Besuch der Kläranlage, einer Stadtführung und der Beteiligung am Haller Stadtfest hebt auch Karl-Heinz Wöstmann die Positionen der UWG unter dem Motto „Mit dem Bürger für den Bürger“ hervor. Er weist darauf hin, dass sämtliche Fraktionssitzungen grundsätzlich öffentlich stattfinden.

Während man bei der Wohnbebauung in der Masch „noch nicht so richtig weiterkomme“, befinde man sich beim Nahversorger Künsebeck und dem Neubau der Grundschule Gartnisch auf der Zielgeraden. Dem Haushalt 2023 habe die UWG zugestimmt, sich lange und ausführlich mit der Kläranlage als größter Investition von Halle beschäftigt und sich stets für preiswerten Wohnraum eingesetzt. Die Gesamtschule bewege sich unter neuer Leitung „hoffentlich bald in die richtige Richtung“, und der Neubau des Jugendzentrums nehme Formen an.

Verkehrspolitik: UWG befürwortet Tempo 30

Bei der Verkehrsentwicklung bekenne sich die UWG klar zu Tempo 30 und engagiere sich bei Unterbringung, Bildung und Integration geflüchteter Menschen. Im Bereich Klimaschutz und Umwelt gelte es, anzufassen anstatt zu diskutieren. Als Beispiel nennt Wöstmann das erfolgreiche Projekt „Kiri-Bäume für einen schnellen CO₂-Effekt“. Gemeinsam mit anderen Parteien positioniert sich die UWG klar gegen die drohende Schließung der Abteilungen für Geburtshilfe und Gynäkologie am Klinikum und ruft zur Bürger-Demo am 28. September auf.

Kritik am "Wählergruppen-Transparenz-Gesetz"

In seinem Kassenbericht legt Maik Hünninghaus solide Zahlen vor, kritisiert aber mit deutlichen Worten das „Wählergruppen-Transparenz-Gesetz“, mit dem Vereinigungen wie der UWG bürokratische Hindernisse in den Weg gelegt würden. Auch wenn über Mitgliedsbeiträge für alle nachgedacht wird, bleibt es zunächst bei der Regelung, dass die UWG ihre Einnahmen ausschließlich aus einem Teil der Aufwandsentschädigungen bestreitet, die ihre Mandatsträger zur Verfügung stellen. Ab einem Jahresumsatz von mehr

als 10.000 Euro müssen Wählergemeinschaften im Unterschied zu politischen Parteien eine extern begutachtete Bilanz vorlegen.